

Familienrecht in der Notar- und Gestaltungspraxis

Münch

4. Auflage 2023
ISBN 978-3-406-78042-4
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Münch

Familienrecht in der Notar- und Gestaltungspraxis


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Familienrecht in der Notar- und Gestaltungspraxis

Herausgegeben von

Dr. Christof Münch
Notar in Kitzingen

4. Auflage 2023


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


C.H.BECK

Zitiervorschlag:
Münch FamR-NotGP/Stockmann § 1 Rn. 1


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 78042 4

© 2023 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckerei C.H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: 3w+p GmbH, Rimpf
Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



chbeck.de/nachhaltig

Gedruck auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das Familienrecht in der Notar- und Gestaltungspraxis erscheint nunmehr in vierter Auflage. Besonders den zahlreichen Zitierungen kann man entnehmen, dass unser Buch seinen Standort in der familienrechtlichen Praxis gefunden hat. Das freut den Herausgeber ebenso wie die beteiligten Mitautoren.

Im Kreise der Autoren haben sich zu dieser Auflage größere Veränderungen ergeben. So hat Frau Kollegin Dr. Ricarda Lotte das Kindschaftsrecht (§ 13) von Frau Dr. Gabriele Müller-Engels übernommen. Herr RiAG a. D. Dr. Wolfram Viefhues hat die Unterhaltspflichten außerhalb der Ehe (§ 15) völlig neu kommentiert, die zuvor von Herrn Kollegen Dr. Jörn Heinemann betreut waren. Das Insolvenzrecht (§ 19) hat Herr Rechtsanwalt Dr. Franz-Thomas Roßmann von Herrn Kollegen Sebastian Herrler übernommen. Es ist sehr erfreulich, dass es gelungen ist, namhafte Autoren mit großer familienrechtlicher Expertise für den Einstieg in dieses Werk zu begeistern.

Für die vierte Auflage von besonderer Bedeutung war das Inkrafttreten des Gesetzes zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts zum Jahresanfang, das eine breite Darstellung und Neubearbeitung des § 17 und auch des Vollmachtsrechts erforderte. Die Abschaffung des Güterrechtsregisters hat der Gesetzgeber ebenso ins Werk gesetzt. Bei anderen Bereichen, wie etwa dem Abstammungsrecht oder der Neueinführung der Verantwortungsgemeinschaft, sind dagegen die Versprechungen des Koalitionsvertrages bisher noch nicht eingelöst worden. Das Kapitel über die eingetragene Lebenspartnerschaft wurde entsprechend der abnehmenden Bedeutung verkleinert. Hier wäre dann Platz für die künftige Verantwortungsgemeinschaft. Zahlreiche Änderungen sind im Unterhaltsrecht zu verzeichnen; mit der Vereinheitlichung des Erwerbstätigenbonus und der Vermutung einer Einkommensverwendung in Höhe des doppelten Höchstbetrages der Düsseldorfer Tabelle hat hier der BGH neue Strukturen erreicht. Auch coronabedingte Fragen waren einzuarbeiten. Die Rechtsprechung hält im Übrigen das Familienrecht stets in Bewegung, sei es die Fülle neuer Entscheidungen im Versorgungsausgleich oder die Rechtsprechung des BFH zur Bedarfsabfindung sowie zahlreiche kostenrechtliche Entscheidungen. Zu den unerfüllten Wünschen der Familienrechtler gehört auch eine Reform des Nebengüterrechts, über die sich die Reformkommission des Deutschen Familiengerichtstages im Überarbeitungszeitraum Gedanken machte. All dies finden Sie in der vierten Auflage dargestellt.

Den Autoren sei auch in dieser Auflage für die pünktliche Überarbeitung ihrer Kapitel gedankt, die angesichts der Vielzahl von Mitwirkenden den Herausgeber stets aufs Neue erstaunt. Frau Bettina Mizzler vom Beck-Verlag hat daran einen nicht geringen Anteil.

Anregungen nehme ich jederzeit gerne entgegen (info@notare-kitzingen.de). Zu den Verwendungen der Mustertexte sei auch in der vierten Auflage bemerkt, dass jeder Leser diese in eigener Verantwortung auf den ihm vorliegenden Lebenssachverhalt transferieren muss. Möge das Buch Ihnen, liebe Leser, von Nutzen sein!

Kitzingen, im März 2023

Dr. Christof Münch

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bearbeiterverzeichnis

Dr. Ludwig Bergschneider

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Familienrecht, München

Dr. Arne Everts

Notar, Berchtesgaden

Dr. Oliver Geißler

Richter am Finanzgericht, Stuttgart

Prof. Dr. Dr. Herbert Grziwotz

Notar a. D., Honorarprofessor an der Universität Regensburg, Regensburg

Dr. Thomas Herr

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Familienrecht i. R., Kassel

Dr. Ricarda Lotte

Notarassessorin, Sennfeld

Dr. Gabriele Müller-Engels

Rechtsanwältin, Referatsleiterin für Erb- und Familienrecht
am Deutschen Notarinstitut (DNotI), Würzburg

Dr. Christof Münch

Notar, Kitzingen

Dipl.-Kfm. Dr. Jörg Munzig

Notar, Neu-Ulm

Mikolaj Pogorzelski, LL.M.

Notar, Solingen

Dr. Thomas Renner

Notar, Erfurt

Dr. Franz-Thomas Roßmann

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Familienrecht, Volkach

Daniel Schaal, LL.M.

Notar, Bietigheim-Bissingen

Rolf Schlünder

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Familien- und Arbeitsrecht, Mannheim

Dr. Benedikt Schmitz, MBL

Köln

Dr. Werner Schulz

Leitender Richter am Familiengericht a. D., München

Roland Stockmann

Direktor des Amtsgerichts a. D., Würzburg

Dr. Rembert Süß

Rechtsanwalt, Referatsleiter für Internationales Privatrecht
am Deutschen Notarinstitut (DNotI), Würzburg

Dr. Wolfram Viehues

Weiterer Aufsicht führender Richter am Amtsgericht a. D., Gelsenkirchen

Annette Wolf

Rechtsanwältin und Fachanwältin für Familienrecht, München

Harald Wudy

Wissenschaftlicher Leiter der Prüfungsabteilung der Ländernotarkasse, Leipzig


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Es haben bearbeitet:

§ 1. Allgemeine Fragen des Familienrechts:	Roland Stockmann
§ 2. Güterrecht:	Dr. Arne Everts
§ 3. Unterhaltsrecht:	Dr. Benedikt Schmitz
§ 4. Versorgungsausgleichsrecht:	Dr. Christof Münch
§ 5. Eehwohnung und Haushaltsgegenstände, Gewaltschutzgesetz:	Dr. Werner Schulz
§ 6. Nebengüterrechtliche Forderungen:	Dr. Thomas Herr
§ 7. Eheverträge:	Dr. Ludwig Bergschneider Annette Wolf
§ 8. Trennungs- und Scheidungsvereinbarungen:	Mikolaj Pogorzelski
§ 9. Eingetragene Lebenspartnerschaft:	Prof. Dr. Dr. Herbert Grziwotz
§ 10. Nichteheliche Lebensgemeinschaft:	Prof. Dr. Dr. Herbert Grziwotz
§ 11. Die Patchworkfamilie:	Dr. Christof Münch
§ 12. Familiengesellschaften:	Dr. Jörg Munzиг
§ 13. Kindschaftsrecht:*	Dr. Ricarda Lotte
§ 14. Adoptionsrecht:	Dr. Gabriele Müller-Engels
§ 15. Unterhaltspflichten außerhalb der Ehe:**	Dr. Wolfram Viefhues
§ 16. Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung:	Dr. Thomas Renner
§ 17. Vormundschaft, Pflegschaft, Betreuung:	Daniel Schaal
§ 18. Steuerrecht:	Dr. Oliver Geißler Rolf Schlünder
§ 19. Insolvenzrecht:***	Dr. Franz-Thomas Roßmann
§ 20. Auslandsberührung:	Dr. Rembert Süß
§ 21. Notarkosten im Familienrecht	Harald Wudy

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bearbeiterwechsel:

- * § 13. Kindschaftsrecht:
Bis zur 3. Aufl. bearbeitet von **Dr. Gabriele Müller-Engels.**

Ausgeschiedene Bearbeiter:

- ** § 15. Unterhaltspflichten außerhalb der Ehe:
Bis zur 3. Aufl. bearbeitet von **Dr. Jörn Heinemann, LL.M.**
- *** § 19. Insolvenzrecht:
Bis zur 3. Aufl. bearbeitet von **Sebastian Herrler.**

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Bearbeiterverzeichnis	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Verzeichnis der Formulierungsbeispiele	XLVII
Verzeichnis der Gesamtmuster in § 22	LIII
Abkürzungsverzeichnis	LV
Literaturverzeichnis	LXV
§ 1. Allgemeine Fragen des Familienrechts	1
§ 2. Güterrecht	45
§ 3. Unterhaltsrecht	97
§ 4. Versorgungsausgleichsrecht	199
§ 5. Ehewohnung und Haushaltsgegenstände, Gewaltschutzgesetz	285
§ 6. Nebengüterrechtliche Forderungen	347
§ 7. Eheverträge	483
§ 8. Trennungs- und Scheidungsvereinbarungen	529
§ 9. Eingetragene Lebenspartnerschaft	635
§ 10. Nichteheliche Lebensgemeinschaft	641
§ 11. Die Patchworkfamilie	689
§ 12. Familiengesellschaften	725
§ 13. Kindschaftsrecht	775
§ 14. Adoptionsrecht	827
§ 15. Unterhaltspflichten außerhalb der Ehe	869
§ 16. Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung	955
§ 17. Vormundschaft, Pflegschaft, Betreuung	1017
§ 18. Steuerrecht	1103
§ 19. Insolvenzrecht	1217
§ 20. Auslandsberührung	1249
§ 21. Notarkosten im Familienrecht	1365
§ 22. Gesamtmuster	1407
Sachverzeichnis	1521

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Bearbeiterverzeichnis	VII
Inhaltsübersicht	XI
Verzeichnis der Formulierungsbeispiele	XLVII
Verzeichnis der Gesamtmuster in § 22	LIII
Abkürzungsverzeichnis	LV
Literaturverzeichnis	LXXV

§ 1. Allgemeine Fragen des Familienrechts

A. Familienrecht in Deutschland	2
I. Verfassungs- und völkerrechtliche Grundsätze	2
II. Materiell-rechtliche Regelungen	3
III. Verfahrensrecht	4
B. Familienrechtliche Rechtsverhältnisse	6
I. Verwandtschaft	6
II. Ehe	9
III. Schwägerschaft	9
IV. Eingetragene Lebenspartnerschaft	10
V. Nichteheliche Lebensgemeinschaft	10
C. Einfluss des Grundgesetzes und der EMRK auf das Familienrecht	11
I. Schutz von Ehe und Familie	11
1. Staatliche Eingriffe in das Sorgerecht	11
2. Umgangsrecht	13
3. Beteiligung des nichtehelichen Vaters am Sorgerecht	13
II. Art. 3 GG, Art. 14 EMRK – Gleichberechtigung	14
III. Art. 12 EMRK – Recht auf Eheschließung	15
D. Statusakte rund um die Ehe/Lebenspartnerschaft	15
I. Verlöbnis	15
1. Eingehung des Verlöbnisses	15
2. Ansprüche aus Anlass der Auflösung des Verlöbnisses	15
II. Eheschließung	16
1. Eheschließung im Inland	16
2. Eheschließung im Ausland	18
III. Eheaufhebung	19
1. Voraussetzungen des materiellen Rechts	19
2. Folgen der Aufhebung	21
3. Verfahrensrecht	21
IV. Scheidung	22
1. Internationales Privatrecht	22
2. Voraussetzungen des deutschen materiellen Rechts	23
3. Verfahrensrecht	26
E. Allgemeine Auswirkungen der Ehe bzw. der Lebenspartnerschaft	36
I. Eheliche Lebensgemeinschaft	36
II. Haushaltsführung, Erwerbstätigkeit, Schlüsselgewalt	37
III. Namensrecht	38
1. Ehenamensrecht	38

2. Namensrecht hinsichtlich gemeinsamer Kinder	40
3. Namensrecht mit Auslandsbezug	41
IV. Aufenthaltsrecht	42
V. Haftungsverhältnisse	44
1. Im Verhältnis der Ehegatten	44
2. Im Verhältnis zwischen Eltern und minderjährigen Kindern	44
§ 2. Güterrecht	
A. Standort des Güterrechts im System des Ehe- und Scheidungsfolgenrechts	46
B. Der gesetzliche Güterstand – Zugewinnngemeinschaft	47
I. Prinzipien	47
II. Der Ausgleich des ehelichen Zugewinns	48
1. Grundsätze zur Vermögenszuordnung	48
2. Anfangsvermögen samt Hinzurechnungen	49
3. Endvermögen samt Hinzurechnungen	51
4. Berechnung der Ausgleichsforderung	52
5. Vorzeitiger Zugewinnausgleich bei Getrenntleben	52
III. Verfügungs- und Verpflichtungsbeschränkungen im gesetzlichen Güterstand	53
1. „Gesamtvermögensgeschäfte“	53
2. „Haushaltsgeschäfte“	54
IV. Modifikationen des gesetzlichen Güterstandes	55
1. Flexibilität des deutschen Güterrechts – Vertragsfreiheit	55
2. Bedarfsanalyse und Alternativen	55
3. Formfragen	56
4. „Gesamtmodifikationen“	57
5. „Teilmodifikationen“	61
6. Ausschlüsse mit Kompensationsvereinbarungen	64
7. Wegfall von Verfügungs- und Verpflichtungsbeschränkungen	64
8. Modalitäten der Begleichung des Zugewinnausgleichsanspruchs	65
9. Exkurs: Das Problem der „Güterstandsdenaturierung“	67
C. Eigentums- und Vermögensgemeinschaft	67
I. Fortbestehender Güterstand nach FGB-DDR	67
II. Behandlung von Vermögenswerten im gesetzlichen DDR-Güterstand einschließlich Restitutionsansprüchen	68
D. Wahlgüterstände	69
I. Gütertrennung	69
1. Elemente des Güterstands, Vor- und Nachteile	70
2. Praktische Bedeutung	72
3. „Güterstandsschaukeln“	72
4. Pflichtteilergänzungsfestigkeit	74
5. Anfechtungsfestigkeit?	75
II. Gütergemeinschaft	76
1. Praktische Bedeutung	76
2. Vor- und Nachteile	76
3. Entstehung der Gütergemeinschaft	77
4. Das Problem der Haftung, insbesondere in der (Gestaltungs-)Praxis	78
5. Die „Güter“ der Gütergemeinschaft	80
6. Auflösung und Auseinandersetzung	85
7. Insbesondere: Gütergemeinschaft und Pflichtteilsrecht – verbleibender praktischer Anwendungsbereich	90

III. Der deutsch–französische Wahlgüterstand	91
1. Allgemeines und Historie	91
2. Anwendungsvoraussetzungen, Begründung und Ende des Güterstandes	91
3. Verwaltung und Verfügungsregelungen, insbesondere zur „Ehewohnung“	91
4. Berechnung des Zugewinnausgleichs	92
5. Sonstiges, Fazit	93
E. Güterrechtsregister	94
I. Abschaffung; verbleibendes Einsichtsrecht	94
II. Eintragungsfähigkeit	94
III. Verbleibende Wirkungen	94

§ 3. Unterhaltsrecht

A. Unterhaltsreform und Grundsätze des Unterhaltsrechts: Kindeswohl und Eigenverantwortung	99
B. Familien-, Trennungs- und nachehelicher Unterhalt	103
I. Familienunterhalt	103
II. Trennungsunterhalt	106
1. Grundsatz	106
2. Anspruch auf Trennungsunterhalt	107
3. Konsequenzen für die Vertragsgestaltung; Disponibilität von § 1361 BGB	109
III. Nachehelicher Unterhalt	114
C. Unterhaltsberechtigung dem Grunde nach – Unterhaltstatbestände	115
I. Betreuungsunterhalt, § 1570 BGB	115
1. Anwendungsbereich – Dreijähriger Basisunterhalt, § 1570 Abs. 1 S. 2 BGB	115
2. Verlängerungsoptionen	116
3. Disponibilität von § 1570 BGB – Vertragsgestaltung	122
II. Unterhalt wegen Alters, § 1571 BGB	129
1. Anwendungsbereich	129
2. Gestaltungsmöglichkeiten	130
III. Unterhalt wegen Krankheit oder Gebrechen, § 1572 BGB	131
1. Anwendungsbereich	131
2. Gestaltungsmöglichkeiten – Relevanz von § 1578b BGB (analog)	133
IV. Unterhalt wegen Erwerbslosigkeit, § 1573 BGB	134
1. Anwendungsbereich	134
2. Gestaltungsmöglichkeiten	136
V. Aufstockungsunterhalt, § 1573 BGB	137
1. Anwendungsbereich	137
2. Gestaltungsmöglichkeiten	139
VI. Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung, § 1575 BGB	140
VII. Unterhalt aus Billigkeitsgründen, § 1576 BGB	142
VIII. Fortbestand der Kernbereichslehre?	143
IX. Angemessene Erwerbstätigkeit – § 1574 BGB	145
1. Anwendungsbereich	145
2. Gestaltungsoptionen	146

Inhaltsverzeichnis

D. Bedürftigkeit	146
I. Ermittlung der Bedürftigkeit	147
1. Einkünfte und Ausgaben	147
2. Fiktive Einkünfte	151
3. Verwertung des Vermögensstammes	152
II. Gestaltungsmöglichkeiten – Bildung von Schonvermögen	153
E. Leistungsfähigkeit	154
I. Ermittlung der Leistungsfähigkeit	154
1. Berücksichtigungsfähige Einkünfte und Ausgaben – Gleichbehandlungsgebot	154
2. Selbstbehalt – feststehend oder individuell zu ermitteln?	158
3. Besonderheiten bei (relativem oder absolutem) Mangelfall – § 1609 BGB	159
II. Gestaltungsmöglichkeiten	159
F. Maß des Unterhalts	161
I. Eheliche Lebensverhältnisse – gesamter Lebensbedarf	161
II. Bedarfsberechnung	164
III. Gestaltungsansätze	166
G. Begrenzung, Befristung und Ende der Unterhaltspflicht – Totalverzicht	167
I. Herabsetzung und zeitliche Begrenzung nach § 1578b BGB	167
1. Anwendungsbereich	168
2. Rechtsfolge	171
3. Gestaltungsoptionen	173
II. Grobe Unbilligkeit, § 1579 BGB	177
1. Anwendungsbereich	177
2. Rechtsfolge	180
3. Gestaltung bzw. Disponibilität von § 1579 BGB?	180
4. Existenzberechtigung von § 1579 BGB – Verhältnis zu § 1578b BGB	181
III. Ende des Unterhaltsanspruchs, §§ 1586, 1586a und 1586b BGB	182
1. Anwendungsbereich und Gestaltungshinweise hinsichtlich § 1586 BGB	182
2. Anwendungsbereich und Gestaltungshinweise hinsichtlich § 1586a BGB	183
3. Anwendungsbereich und Gestaltungshinweise hinsichtlich § 1586b BGB	184
IV. Totalverzicht	186
H. Sonderkonstellationen	186
I. Unterhaltsverstärkende und -konkretisierende Vereinbarungen	187
1. Bedürfnis und Definition	187
2. Zulässigkeit	188
3. Gestaltungsvorschläge	190
II. Unterhaltsvereinbarungen und Sozialrecht	191
III. Steuerrechtliche Implikationen von Unterhaltsvereinbarungen	194
1. Einkommensteuerrecht	194
2. Schenkung- bzw. Erbschaftsteuerrecht	195

§ 4. Versorgungsausgleichsrecht

A. Grundzüge des Versorgungsausgleichs	200
I. Die Strukturreform des Versorgungsausgleichs	200
1. Das neue VersAusglG	201
2. Abschaffung des Einmalausgleichs	202
3. Terminologie	202
II. Auszugleichende Anrechte	205
1. Allgemeine Voraussetzungen nach § 2 VersAusglG	205
2. Neu: Besondere, nicht auf Rente gerichtete Ansprüche	207
3. Doppelverwertungsverbot	210
4. In-Prinzip	211
5. Wertverzehr (§ 5 Abs. 2 S. 2 VersAusglG)	211
6. Regelsicherungssysteme	212
III. Ausgleichsarten	213
1. Interne Teilung	213
2. Externe Teilung	216
3. Verrechnung	225
4. Teilungskosten	226
IV. Ausnahmen vom Versorgungsausgleich	227
1. Geringfügigkeit	227
2. Kurze Ehe	231
3. Fehlende Ausgleichsreife	231
4. Unbilligkeit	232
V. Der Ausgleichsanspruch nach Scheidung	233
VI. Wertermittlung	236
1. Unmittelbare Bewertung	237
2. Zeiträtterliche Bewertung	237
3. Sondervorschriften	237
4. Der korrespondierende Kapitalwert	240
VII. Abänderung und Anpassung	245
1. Abänderung nach § 51 VersAusglG und § 227 FamFG	246
2. Anpassung wegen Unterhalts	248
3. Sonstige Anpassungen	250
B. Gesetzliche Grundlagen für Vereinbarungen zum neuen Versorgungsausgleich	251
I. Neuregelung der Vereinbarungen in §§ 6–8 VersAusglG	251
1. Vereinbarungen nunmehr grundsätzlich erwünscht	251
2. Regelungsbefugnisse (§ 6 Abs. 1 VersAusglG)	253
3. Gerichtliche Bindung (§ 6 Abs. 2 VersAusglG)	255
II. Wegfall beschränkender Regelungen	256
1. Unterscheidung § 1408 BGB und § 1587o BGB aF	256
2. Jahresfrist	256
3. Rechtsfolge Gütertrennung (§ 1414 S. 2 BGB)	257
4. Genehmigungspflicht nach § 1587o BGB aF	257
5. Verbot des Supersplittings nach § 1587o Abs. 1 S. 2 BGB aF	257
6. Kein Gesamtsaldo mehr	258
7. Kein Rentner- oder Pensionärsprivileg mehr	258
III. Sonstige Beschränkungen von Vereinbarungen	259
1. Keine Vereinbarung zu Lasten von Versorgungsträgern	260
2. Stichtag Ehezeitende	262
3. Keine Einbeziehung von Anrechten außerhalb der Ehezeit	262
4. Keine Höchstgrenze mehr	262

IV. Form	263
1. Notarielle Beurkundung	263
2. Gerichtliche Protokollierung	266
C. Vereinbarungen zum Versorgungsausgleich	267
I. Vollständiger Ausschluss des Versorgungsausgleichs	267
II. Einseitiger Ausschluss	268
1. Keine Ausgleichsbilanz	268
2. Lösungsmöglichkeiten	268
III. Teilausschluss	272
1. Ausschluss bestimmter Zeiten	272
2. Ausschluss bestimmter Anrechte	274
IV. Ausschluss mit Gegenleistung	276
1. Abschluss einer Lebensversicherung, laufende Beiträge	276
2. Abschluss einer Lebensversicherung, Beitragsdepot	277
3. Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung	277
V. Verrechnungsvereinbarungen bei der Scheidung	279
1. Anderweitiger Differenzausgleich	279
2. Vertragliche Verrechnung bei externer Teilung	280
 § 5. Ehwohnung und Haushaltsgegenstände, Gewaltschutzgesetz	
A. Der Streit um die Ehwohnung	286
I. Vorläufige Wohnungsüberlassung in der Trennungszeit (§ 1361b BGB) ...	286
1. Allgemeines	286
2. Ehwohnung	287
3. Unbillige Härte (§ 1361b Abs. 1 S. 1, Abs. 2 BGB)	288
4. Darlegungs- und Beweislast	291
5. Beteiligung Dritter	293
6. Einstweilige Anordnungen	293
7. Anträge zur vorläufigen Wohnungsüberlassung (§ 1361b Abs. 1 BGB)	294
8. Zusätzliche Anordnungen zur vorläufigen Wohnungsüberlassung (§ 209 Abs. 1 FamFG)	295
II. Nutzungsvergütung (§ 1361b Abs. 3 S. 2 BGB)	298
1. Grundsatz	298
2. Vorrang der Unterhaltsregelung	298
3. Nachrang der Nutzungsvergütung gem. § 745 Abs. 2 BGB	298
4. Nutzungsvergütung bei freiwilligem Auszug	299
5. Zahlungsaufforderung	299
6. Angemessene Überlegungszeit	299
7. Vergütung nach Billigkeit	300
8. Höhe der Vergütung	300
III. Verbotene Eigenmacht: Der ausgesperrte Ehegatte	301
1. Die Ehegatten leben bereits getrennt in der Wohnung	301
2. Der ausgesperrte Ehegatte will sich nicht trennen	302
IV. Endgültige Überlassung der Ehwohnung (§ 1568a BGB)	303
1. Allgemeines	303
2. Anspruch auf endgültige Überlassung der Ehwohnung (§ 1568a Abs. 1 BGB)	303
3. Änderung des bestehenden Mietverhältnisses (§ 1568a Abs. 3 BGB) ...	304
4. Rechte des Vermieters	309
5. Wohnung im Alleineigentum eines Ehegatten (§ 1568a Abs. 2 BGB)	310

6. Wohnung im Miteigentum der Eheleute	310
7. Dienstwohnung (§ 1568a Abs. 4 BGB)	311
8. Begründung eines Mietverhältnisses (§ 1568a Abs. 5 BGB)	311
9. Jahresfrist (§ 1568a Abs. 6 BGB)	314
B. Verteilung der Haushaltsgegenstände	314
I. Allgemein	314
II. Haushaltsgegenstände	314
1. Der Begriff „Haushaltsgegenstand“	314
2. Kraftfahrzeuge	315
3. Eingebaute Einrichtungsgegenstände	316
4. Haustiere	316
5. Vorräte an Nahrungs- und Genussmitteln	318
6. Rechte an Haushaltsgegenständen	319
7. Keine Haushaltsgegenstände	319
III. Vorläufige Verteilung der Haushaltsgegenstände (§ 1361a BGB)	320
1. Herausgabanspruch des Alleineigentümers (§ 1361a Abs. 1 S. 1 BGB)	320
2. Verpflichtung zur Gebrauchsüberlassung bei Alleineigentum (§ 1361a Abs. 1 S. 2 BGB)	321
3. Verteilung der gemeinsamen Haushaltsgegenstände (§ 1361a Abs. 2 BGB)	322
4. Benutzungsvergütung (§ 1361a Abs. 3 S. 2 BGB)	323
IV. Die eigenmächtige Hausratsteilung	323
V. Endgültige Verteilung der Haushaltsgegenstände (§ 1568b BGB)	324
1. Überlassungs- und Übereignungsanspruch (§ 1568b Abs. 1 BGB)	324
2. Ausgleichszahlung (§ 1568b Abs. 3 BGB)	328
3. Keine Antragsfrist	329
4. Verweigerung der Abholung	329
C. Das Verfahren in Ehenotwendigkeiten und Haushaltssachen	329
I. Zuständigkeit	329
II. Antrag (§ 203 FamFG)	329
III. Schutz- und Zusatzanordnungen (§ 209 Abs. 1 FamFG)	330
IV. Selbständiges Verfahren – Verbundverfahren	330
V. Wirksamkeit und Vollstreckung	330
VI. Abänderung der Entscheidung	331
VII. Beteiligte (§ 204 FamFG)	331
VIII. Einstweilige Anordnung	331
IX. Rechtsmittel	332
X. Verfahrenswerte	332
D. Zuweisung von Ehenotwendigkeiten und Haushaltsgegenständen bei ausländischen Staatsangehörigen	332
E. Ehestörung durch Mitnahme des neuen Partners in die Wohnung	333
F. Gewaltschutzgesetz	334
I. Ziel des Gesetzes	334
II. Die gesetzlichen Regelungen	334
1. Gerichtliche Schutzmaßnahmen nach § 1 GewSchG	335
2. Überlassung einer gemeinsam genutzten Wohnung (§ 2 GewSchG)	337
3. Geltungsbereich der Vorschriften (§ 3 GewSchG)	340
4. Strafbarkeit (§ 4 GewSchG)	341

III. Das gerichtliche Verfahren	342
1. Zuständigkeit	342
2. Einstweilige Anordnung (§ 214 FamFG)	342
3. Wirksamkeit und Vollstreckung (§ 216 FamFG)	342
4. Anträge und Zusatzanordnungen (§ 215 FamFG)	343
5. Verfahrenswerte	344
§ 6. Nebengüterrechtliche Forderungen	
A. Einführung	348
B. Nebengüterrechtliche Forderungen aufgrund eheinternen Leistungstransfers (ehebezogene Wertschöpfungen)	352
I. Allgemeines	354
II. Mandatsaufnahme („Checkliste“)	356
III. Konkludente Ehegatteninnengesellschaft	358
1. Begriff	358
2. Abgrenzung	358
3. Objektiver Tatbestand	364
4. Subjektiver Tatbestand	375
5. Rechtsfolgen	379
6. Nebengüterrecht und Europäische Güterrechtsverordnung	386
7. Musterschriftsätze	387
IV. Familienrechtlicher Vertrag sui generis	387
1. Allgemeines	387
2. Vertrag über eine ehebezogene Zuwendung	388
3. Familienrechtlicher Kooperationsvertrag	411
V. Mischfälle	414
1. Mischfälle mit innerem Zusammenhang	414
2. Mischfälle ohne inneren Zusammenhang	415
VI. Synoptische Darstellung Ehegatteninnengesellschaft, ehebezogene Zuwendung, Kooperationsvertrag (Übersicht)	416
1. Tatbestandsvoraussetzungen	416
2. Rechtsfolgen	417
VII. Konkurrenzfragen und deren praktische Auswirkungen	418
1. Bedeutung der Unzumutbarkeit/Billigkeit/Abwägung	418
2. Verhältnis zwischen Nebengüterrecht und Güterrecht	419
VIII. Rechtsprechungsregister (Übersichten)	422
1. Anwendungsfälle von konkludenter Ehegatteninnengesellschaft, ehebezogener Zuwendung und familienrechtlichem Kooperationsvertrag	422
2. Sachregister Ehegatteninnengesellschaft: Entscheidungen des BGH nach Güterständen	433
IX. Übergreifende Überlegungen zu nebengüterrechtlichen Vertragsklauseln	435
1. Vorüberlegung	436
2. Klärungsbedarf/mögliche Regelungspunkte	436
X. Haftungsfragen	437
1. Notar	437
2. Rechtsanwalt	439
C. Beteiligung Dritter (schuldrechtliche Beziehungen)	440
I. Verwandte oder verschwägte Dritte	440
1. Schwiegereltern	440

2. Vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten	447
3. Sonstige Verwandte oder verschwägerte Dritte	449
4. Wertschöpfungen des Schwiegerkindes zugunsten seiner Schwiegereltern	449
II. Geld- und Finanzierungsinstitute, Versicherungen	451
III. Vermieter	453
D. Gläubiger- und Schuldnermehrheiten (schuldrechtliche Beziehungen)	453
I. Gläubigermehrheiten	453
1. Gesamtgläubigerschaft der Ehegatten	454
2. Gesamtgläubigerschaft eines Ehegatten mit Dritten	455
3. Bankkonten, Bausparverträge, Lebensversicherungen	455
II. Schuldnermehrheiten	457
1. Teilschuldnerschaft der Ehegatten	457
2. Teilschuldnerschaft eines oder beider Ehegatten mit Dritten	458
3. Gesamtschuldnerschaft der Ehegatten	458
4. Gesamtschuldnerschaft eines oder beider Ehegatten mit Dritten	463
5. Bankkonten, Bausparverträge, Lebensversicherungen	464
E. Bürgschaften und andere Sicherheiten	464
F. Rechtsgemeinschaften (sachenrechtliche Beziehungen)	465
I. Rechtsgemeinschaften (nur) zwischen den Ehegatten	465
1. Gesamthandsgemeinschaften	465
2. Bruchteilsgemeinschaften (insbes. Konten, Wertpapiere)	465
II. Rechtsgemeinschaften der Ehegatten mit Dritten	468
G. Sonstige nebengüterrechtliche Forderungen	468
I. Vertragliche Forderungen	468
1. Vermögensverwaltungsvertrag	468
2. Übereignung von Teilen des Vermögens mit eingeschränkter Rechtsmacht (Treuhandverträge)	473
3. Sonstige Auftragsverhältnisse	473
4. Beendigung des Auftragsverhältnisses	476
II. Gesetzliche Forderungen	476
1. Forderungen aus ungerechtfertigter Bereicherung, §§ 812 ff. BGB	476
2. Forderungen aus unerlaubter Handlung, §§ 823 ff. BGB	478
3. Sonstige Schadensersatzansprüche	480

§ 7. Eheverträge

A. Begrifflichkeit und Allgemeine Grundlagen	485
I. Begriff	485
1. Legaldefinition	485
2. Güterrechtliche Verhältnisse	485
3. Versorgungsausgleich	486
II. Ehevertrag im engeren und weiteren Sinn	486
1. Ehevertrag	486
2. Typische Phasen	486
3. Ehevertrag und Verfügung von Todes wegen	487
4. Betreuungsvorsorge usw.	487
III. Persönliche Angaben und Regelungsgegenstände	487
1. Persönliche und allgemeine Angaben	487
2. Regelungsgegenstände (Checkliste)	488

B. Form und Verfahren	489
I. Formerfordernis	489
1. Ehevertrag über das eheliche Güterrecht nach § 1408 BGB	489
2. Vereinbarungen zum Versorgungsausgleich	489
3. Vereinbarungen über den Ausgleich des Zugewinns	489
4. Vereinbarungen zum nachehelichen Unterhalt	489
5. Vertrag über Übertragung oder Erwerb eines Grundstücks	489
6. Vereinbarungen über sonstige Gegenstände des Ehevertrags	489
II. Zeitpunkt, Anwesenheit, Vertretung	490
1. Zeitpunkt	490
2. Anwesenheit	490
3. Vertretung	490
III. Verfahren bei notarieller Beurkundung	491
1. Vorbereitende Vertragsgestaltung	491
2. Anwesenheit der Vertragsteile	491
3. Belehrungen	491
C. Richterliche Inhaltskontrolle von Eheverträgen	492
I. Allgemeines (Vertragsfreiheit und richterliche Inhaltskontrolle)	492
II. Richterliche Inhaltskontrolle nach der Rechtsprechung des BGH	492
1. Die objektive Seite	493
2. Die subjektive Seite	493
3. Gesamtschau	494
4. Die Folgen des beanstandeten Ehevertrags	494
III. Folgen für die Vertragsgestaltung	495
1. Die objektive Seite	495
2. Die subjektive Seite	500
3. Belehrung	503
4. Kompensation	503
5. Nachbesserung von Eheverträgen	504
IV. Weitere Unwirksamkeitsfälle, insbesondere Sittenwidrigkeit	504
1. Allgemeines	504
2. Kommerzialisierung	505
3. Verträge zu Lasten Dritter	505
4. Scheidungsverschulden	505
D. Vorbeugende Regelungsmöglichkeiten im Ehevertrag	506
I. Vertragliche Anpassungsmechanismen	506
1. Allgemeines	506
2. Wirksamkeitskontrolle	506
3. Ausübungskontrolle	506
II. Salvatorische Klauseln	507
1. Erhaltungsklausel	507
2. Ersetzungsklausel	507
3. Gesamtunwirksamkeitsklausel	508
III. Mediationsklausel	509
1. Allgemeines	509
2. Verfahrensvorschriften	509
IV. Schiedsgerichtsklausel	510
1. Allgemeine Schiedsgerichtsklauseln	510
2. Etablierte Schiedsgerichte	510
V. Schiedsgutachten und Schiedsgutachterverfahren	511

E. Allgemeine Klauseln im Ehevertrag	512
I. Vereinbarungen über das eheliche Zusammenleben	512
1. Allgemeines	512
2. Vereinbarungen über die eheliche Rollenverteilung	512
3. Sanktionen	513
II. Vereinbarungen über den Familienunterhalt	514
1. Allgemeines	514
2. Lebensbedarf der Familie	514
3. Aufteilung bei beiderseitigem Einkommen der Ehegatten	515
4. Verfahrens- und Prozesskostenvorschuss	516
5. Rückforderung von zu viel gezahltem Unterhalt	516
III. Geschäfte zur Deckung des Lebensbedarfs	516
1. Allgemeines	516
2. Umfang	517
3. Schuldrechtliche Wirkung	517
4. Dingliche Wirkung	517
5. Beschränkung oder Ausschließung der Schlüsselgewalt	518
IV. Zuordnung von Eigentum	518
1. Allgemeines	518
2. Vereinbarungen	518
V. Alleinige Wahrnehmung der Wirtschaftsführung und Vermögensverwaltung	519
1. Allgemeines	519
2. Vereinbarungen	520
VI. Vereinbarungen über den Ehenamen	520
1. Allgemeines	520
2. Namensführung nach Tod oder Scheidung	520
3. Internationales Namensrecht	521
4. Vereinbarungen	521
VII. Religiöse Fragen	521
1. Allgemeines	521
2. Ausübung des religiösen Lebens in der Ehe	521
3. Religiöse Erziehung von Kindern	521
VIII. Rechtswahl	523
F. Ehevertragsgestaltung	523
I. Einführung	523
1. Ehevertragsgestaltung anhand der Typenlehre nach Langenfeld	523
2. Richterliche Inhaltskontrolle	524
II. Ehevertrag der Doppelverdienerhe	524
III. Ehevertrag der Unternehmerehe	524
IV. Ehevertrag der Freiberuflerehe	525
V. Ehevertrag zum deutsch-französischen Wahlgüterstand	525
VI. Ehevertrag bei zu erwartender Erbschaft	526
VII. Ehevertrag der Zweitehe	526
VIII. Ehevertrag der Diskrepanzehe	527
IX. Ehevertrag der Ausländerehe	527

§ 8. Trennungs- und Scheidungsvereinbarungen

A. Abgrenzung der Trennungs- und Scheidungsvereinbarung vom Ehevertrag	530
--	-----

B. Trennungsvereinbarungen	533
I. Abgrenzung der situativ bedingten Trennungsvereinbarung zu der Trennungsvereinbarung mit endgültigem Charakter	533
II. Güterrechtliche Vereinbarungen	534
1. Motivlage der Ehegatten, Anwendungsbereich	534
2. Die Vereinbarung der Gütertrennung	535
3. Vereinbarungen zur Modifizierung des gesetzlichen Güterstands	538
4. Der Ausschluss der Verfügungsbeschränkungen der §§ 1365 ff. BGB	543
5. Form von Vereinbarungen	544
6. Das Güterrechtsregister	546
7. Grenzen vertraglicher Vereinbarungen	546
III. Vereinbarungen zum Versorgungsausgleich	547
1. Motivlage der Ehegatten, Anwendungsbereich	547
2. Mögliche Vereinbarungsinhalte	548
3. Form von Vereinbarungen	553
4. Grenzen vertraglicher Vereinbarungen	553
IV. Unterhaltsrechtliche Vereinbarungen	555
1. Motivlage der Ehegatten, Anwendungsbereich	555
2. Vereinbarungen zum Trennungsunterhalt	555
3. Vereinbarungen zum nachehelichen Unterhalt	563
4. Form von Vereinbarungen	568
5. Grenzen vertraglicher Vereinbarungen	569
V. Vereinbarungen zur Ehwohnung und zu Haushaltsgegenständen	570
1. Vereinbarungen zur Ehwohnung	570
2. Vereinbarungen zu Haushaltsgegenständen	574
3. Form von Vereinbarungen	575
4. Grenzen vertraglicher Vereinbarungen	575
VI. Vereinbarungen im Zusammenhang mit gemeinsamen Kindern	576
1. Vereinbarungen zum Kindesunterhalt	576
2. Vereinbarungen zur elterlichen Sorge und zum Umgang	581
3. Wechselmodell	586
VII. Erbrechtliche Verzicht und Folgeregelungen	588
1. Erbrechtliche Verzicht	588
2. Erbrechtliche und sonstige Folgeregelungen	591
C. Scheidungsvereinbarungen mit umfassender Regelung der Scheidungsfolgen ...	593
I. Güterrechtliche Vereinbarungen	593
1. Grundlagen der Gestaltung	593
2. Pauschale Abgeltung des Zugewinns	594
3. Deckelung eines möglichen Zugewinnausgleichsanspruchs	595
II. Die Vermögensauseinandersetzung	596
1. Die Scheidungsimmobilie	597
2. Sonstige Vermögensgegenstände	603
3. Verbindlichkeiten	607
4. Abwicklung sonstiger Zuwendungen und Vertragsverhältnisse	609
III. Vereinbarungen zum Versorgungsausgleich	611
1. Grundlagen der Gestaltung	611
2. Mögliche Vereinbarungsinhalte	612
IV. Unterhaltsrechtliche Vereinbarungen	615
1. Grundlagen der Gestaltung	615
2. Pauschale Abfindung nachehelicher Unterhaltsansprüche	616
3. Verstärkende Unterhaltsvereinbarungen	618

V. Vereinbarungen zur Ehewohnung und zu Haushaltsgegenständen	619
VI. Vereinbarungen im Zusammenhang mit gemeinsamen Kindern	620
1. Vereinbarungen zum Kindesunterhalt (Grundzüge)	620
2. Vereinbarungen zur elterlichen Sorge und zum Umgang	620
VII. Erbrechtliche Verzichte und Folgeregelungen	622
1. Erbrechtliche Verzichte	622
2. Erbrechtliche Folgeregelungen: Das „Geschiedenentestament“	623
VIII. Steuerrechtliche Vereinbarungen (Grundzüge)	627
1. Motivlage der Ehegatten, Anwendungsbereich	627
2. Die Zustimmung zum begrenzten Realsplitting	627
3. Vereinbarung zur gemeinsamen Veranlagung	629
IX. Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Scheidungsverfahren	630
1. Vereinbarungen zur Antragstellung und Zustimmung	630
2. Kostenvereinbarungen	631
X. Sonstige Vereinbarungen	631
1. Vereinbarungen zum Ehenamen und künftigen Namen	631
2. Geltungsvereinbarungen, salvatorische Klauseln	632

§ 9. Eingetragene Lebenspartnerschaft

A. Die gesetzliche Regelung der eingetragenen Lebenspartnerschaft	635
I. Entwicklung und Fortgeltung	635
II. Die künftige Verantwortungsgemeinschaft	636
B. Die Aufhebung der eingetragenen Lebenspartnerschaft und ihre Umwandlung in eine Ehe	637
I. Keine Lebenspartnerschaftsbegründung mehr	637
II. Aufhebung und Nichtigkeit	638
1. Beendigungsfälle	638
2. Unwirksamkeit der Lebenspartnerschaftsbegründung	638
III. Umwandlung einer Lebenspartnerschaft in eine Ehe (§ 20a LPartG)	638
C. Fallgruppen von Lebenspartnerschaftsverträgen	639

§ 10. Nichteheleche Lebensgemeinschaft

A. Gesetzliche Ansprüche im Rahmen der nichtehelechen Lebensgemeinschaft	642
I. Gemeinsames Wohnen und Leben	642
1. Gemeinsamer Haushalt, Mietrecht und Wohnungsrecht	642
2. Von der nichtehelechen zur faktischen Lebensgemeinschaft	644
II. Unterhalt	645
III. Vermögensrechtliche Beziehungen	647
1. Vorschriften aus dem Eherecht bzw. dem Recht der eingetragenen Lebenspartner	647
2. Familienangehörige betreffende Vorschriften	648
IV. Vermögenszuordnung und Vermögensauseinandersetzung	650
1. Eigentumsverhältnisse und Abwicklungsregeln	650
2. Ausgleichsansprüche nach einer Trennung	651
V. Gemeinsame Kinder	667
1. Biologische Vaterschaft	667
2. Rechtliche Elternschaft	670
3. Soziale Elternschaft	672

B. Der vorsorgende Partnerschaftsvertrag der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	674
I. Probeweises Zusammenleben – Regelung von Wohnung und Haushaltsgegenständen	674
1. Einzug beim Partner	675
2. Gemeinsame Wohnungsmiete	676
II. Vertrag für das dauernde Zusammenleben	677
1. Rollenverteilung, Unterhalt und Altersvorsorge	677
2. Vermögensbeteiligung oder -trennung	678
3. Erbrechtliche Regelungen	680
III. Vollmachten	683
1. Haushaltsführungsvollmacht	683
2. Generalvollmacht	684
3. Krankheits- und Vorsorgevollmacht, Totenfürsorge	684
C. Die Auseinandersetzung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft	686
I. Vermögensauseinandersetzung, insbesondere der gemeinsamen Immobilie	686
1. Haushaltsgegenstände	686
2. Immobilie	687
3. Abgeltungsklausel	687
II. Unterhalt und Altersvorsorge zum Ausgleich lebensgemeinschaftsbedingter Nachteile	687

§ 11. Die Patchworkfamilie

A. Der Familienbegriff in unserer Zeit	691
I. Umfassender Familienbegriff in unserer Zeit	692
II. Begriff und Rollenverständnis der Patchworkfamilie	693
1. Der Begriff der Patchworkfamilie	693
2. Die verschiedenen Typen von Patchworkfamilien	695
3. Die Rollenverteilung in der Patchworkfamilie	695
III. Keine geschlossene gesetzliche Regelung	696
B. Das kleine Sorgerecht (§ 1687b BGB, § 9 LPartG)	697
I. Entwicklung und Rechtsnatur	697
II. Voraussetzungen	698
1. Sorgeberechtigter ist Ehegatte	698
2. Der leibliche Elternteil ist alleinsorgeberechtigt	698
3. Kein Getrenntleben	699
4. Einvernehmen mit dem sorgeberechtigten Elternteil	699
III. Rechtsfolgen	699
IV. Vollmachten	700
V. Kleines Sorgerecht nach § 9 LPartG	702
C. Das Umgangsrecht (§ 1685 Abs. 2 BGB)	703
I. Der begünstigte Personenkreis	703
II. Voraussetzungen und Folgen	704
1. Positive Kindeswohlfeststellung	704
2. Keine Umgangspflicht, kein Kindesrecht	705
3. Ausübung des Umgangs	706
D. Verbleibensanordnung (§ 1682 BGB)	706
I. Kontinuität und Kindeswohl	706

II. Voraussetzungen	707
1. Längere häusliche Gemeinschaft von Kind, einem leiblichen Elternteil und Bezugsperson	707
2. Ausfall des leiblichen Elternteils	707
3. Aufenthaltsbestimmungsrecht des anderen Elternteils	707
4. Wegnahmeankündigung	708
5. Gefährdung des Kindeswohls durch die Wegnahme	708
III. Die Verbleibensanordnung	708
E. Einbenennung (§ 1618 BGB)	709
I. Voraussetzungen	709
1. Sorgerecht	709
2. Kind unverheiratet	710
3. Ehe/Partnerschaft des leiblichen Elternteils mit Ehe-/Partnerschaftsname	710
4. Aufnahme des Kindes in den gemeinsamen Haushalt	710
5. Öffentlich beglaubigte Erklärung des einbenennenden Elternteils und seines Ehegatten	710
6. Zustimmungserklärungen	710
II. Wirkung	711
F. Unterhaltsrechtliche Auswirkungen	712
I. Stiefkinder und Ehegattenunterhalt (§ 1576 BGB)	712
II. Unterhaltsleistungen an Stiefkinder im Verhältnis zu anderen Unterhaltsberechtigten	713
III. Unterhaltsberechnung bei mehr als zwei Elternteilen	714
IV. Rollentausch und der Unterhaltsanspruch des Kindes	715
G. Sonstige familienrechtliche Regelungen	716
I. § 1353 BGB – Pflicht zur Aufnahme in die häusliche Gemeinschaft	716
II. § 1371 Abs. 4 BGB – Ausbildungsanspruch des Stiefkindes	716
1. Verpflichteter	716
2. Begünstigter	717
3. Haftungsgrenze	717
4. Bedürftigkeit	717
5. Anspruchsinhalt	717
6. Ausschluss durch Erblasser/Verzicht	718
III. Stiefkinder bei der Zuteilung von Ehewohnung und Haushaltsgegenständen	718
H. Erbrechtliche Probleme im Überblick	718
I. Der sog. Dreißigste (§ 1969 BGB)	719
II. Unterschiedliche Erb- und Pflichtteilsrechte	719
III. Das Geschiedentestament	720
I. Die Patchworkfamilie in anderen Rechtsbereichen	720
I. Sozialhilferecht	721
II. Steuerrecht	721
1. Einkommensteuer	721
2. Erbschaftsteuer	722
III. Versicherungen, Sonstiges	722
§ 12. Familiengesellschaften	
A. Begriff der Familiengesellschaft	727

Inhaltsverzeichnis

B. Eigenheimgemeinschaft oder -gesellschaft	728
I. Überblick	729
1. Bruchteilsgemeinschaft	729
2. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	732
II. Steueraspekte	736
1. Einkommensteuer	736
2. Grunderwerbsteuer	737
3. Erbschaft- und Schenkungsteuer	739
III. Gestaltungsschwerpunkte bei den GbR-Lösungen	739
1. Flexible Anteilsverhältnisse	739
2. Beendigung der Gesellschaft	742
C. Familienpool	746
I. Begriff	746
II. Gestaltungsschwerpunkte	747
1. Überblick	747
2. Beteiligungskontinuität	749
3. Geschäftsführung und Leitungsmacht	752
4. Versorgungsinteresse und Kapitalerhalt	754
III. Wahl der Rechtsform	756
1. Außengesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)	757
2. Kommanditgesellschaft (KG)	758
3. Kapitalgesellschaften	761
4. Rechtsformvergleich im Überblick	762
D. Vermögensübertragung auf und in Familienpools	763
I. Vermögenseinbringung in den Familienpool	763
1. Zivilrechtliche Gestaltungsschwerpunkte	764
2. Steuerliche Aspekte	768
II. Übertragung von Anteilen am Familienpool	772
1. Zivilrechtliche Aspekte	772
2. Steuerliche Aspekte	773
§ 13. Kindschaftsrecht	
A. Abstammungsrecht	776
I. Mutterschaft	776
1. Einführung	776
2. Gesetzliche Regelung der Mutterschaft	776
II. Erwerb der Vaterschaft, insbesondere durch Vaterschaftsanerkennung	778
1. Übersicht	778
2. Vaterschaftszuordnung durch Ehe	778
3. Vaterschaftszuordnung durch Vaterschaftsanerkennung	779
4. Vaterschaftszuordnung durch gerichtliche Feststellung	783
III. Abstammungsklä rung durch Anfechtung der Vaterschaft und außerhalb eines Anfechtungsverfahrens	783
1. Anfechtung der Vaterschaft	783
2. Abstammungsklä rung außerhalb eines Anfechtungsverfahrens	784
B. Künstliche Befruchtung	785
I. Einführung	786
II. Homologe und quasi-homologe Insemination	787
1. Homologe Insemination	787
2. Quasi-homologe Insemination	787

III. Heterologe Insemination	787
1. Ärztliches Standesrecht	787
2. Abstammungsrechtliche Situation	788
3. Samenspenderregister	790
C. Namensrecht und Einbenennung	790
I. Ehe name	790
1. Bestimmung des Ehenamens	790
2. Bestimmung eines Begleitnamens	791
3. Namensgestaltung bei geschiedenen oder verwitweten Ehegatten	791
4. Vereinbarungen der Ehegatten zur Namenswahl	791
II. Kindesnamensrecht	792
1. Namenserwerb bei Geburt	792
2. Spätere Änderungen des Kindesnamens	793
III. Einbenennung nach § 1618 BGB	793
1. Herstellung der Namensgleichheit innerhalb der Stieffamilie	793
2. Voraussetzungen der Einbenennung	793
D. Elterliche Sorge	795
I. Inhalt der elterlichen Sorge	795
II. Grundsatz der gemeinsamen elterlichen Sorge; Rechtsfolgen bei Trennung	796
1. Gemeinsame elterliche Sorge; Sorgerechtsvollmachten	796
2. Rechtsfolgen bei Trennung	797
III. Rechtslage bei nicht miteinander verheirateten Eltern	798
1. Alleiniges elterliches Sorgerecht	798
2. Begründung eines gemeinsamen Sorgerechts durch Sorgeerklärung	798
3. Voraussetzungen	799
4. Änderung des gemeinsamen Sorgerechts	802
E. Umgangsrecht	802
I. Umgang des Kindes mit den Eltern	802
1. Normzweck	802
2. Verhältnis zum Sorgerecht	803
3. Recht des Kindes	803
4. Pflicht und Recht der Eltern; Verzichtbarkeit	803
5. Inhalt und Ausgestaltung des Umgangsrechts	804
6. Loyalitätspflichten	805
7. Umgangsrechtsbestimmungen durch das Familiengericht	806
II. Umgang des Kindes mit anderen Bezugspersonen	806
F. Rechtswirksames Handeln für Minderjährige	807
I. Geschäftsunfähigkeit und beschränkte Geschäftsfähigkeit bei Minderjährigen	807
II. Gesetzliche Vertretung; Ausschluss der Vertretungsmacht	808
1. Gesetzliche Vertretung	808
2. Beschränkungen der Vertretungsmacht	809
3. Ausschluss der Vertretungsmacht; Vertretungsverbote	809
III. Erfordernis familiengerichtlicher Genehmigung	816
1. Überblick	816
2. Genehmigungserfordernisse nach den §§ 1850–1854 BGB	816
3. Verfahrensprobleme nach dem FamFG	825

§ 14. Adoptionsrecht

A. Einführung	828
B. Wirkungen der Adoption	829
I. Verwandtschaftliche Wirkungen	829
1. Verwandtschaftliche Wirkungen im Falle der Minderjährigenadoption	829
2. Verwandtschaftliche Wirkungen im Falle der Volljährigenadoption	831
II. Namensführung nach Adoption	833
1. Änderung des Geburtsnamens durch Erwerb des Familiennamens des Annehmenden	833
2. Sonderfall verheirateter Angenommener	834
3. Sonderfall geschiedener oder verwitweter Angenommener	835
4. Voranstellung oder Anfügung des bisherigen Familiennamens	836
5. Auswirkungen der Namensänderung auf die Abkömmlinge des Angenommenen	837
6. Änderung des Vornamens des Angenommenen	837
III. Erbrechtliche Wirkungen	837
1. Minderjährigenadoption	837
2. Volljährigenadoption	838
3. Altadoptionen vor Inkrafttreten des AdoptG	839
IV. Staatsangehörigkeit/Aufenthaltsrecht	841
1. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit	841
2. Aufenthaltsrecht adoptierter volljähriger Ausländer	843
C. Voraussetzungen der Adoption	843
I. Minderjährigenadoption	843
1. Adoptionsbeteiligte	843
2. Alterserfordernisse	846
3. Probezeit	846
4. Adoption des eigenen Kindes?	846
5. Verbot der Zweitadoption	847
6. Wohl des Kindes/Entstehung eines Eltern-Kind-Verhältnisses	847
7. Anträge/Einwilligungen	848
II. Volljährigenadoption	851
1. Entsprechende Anwendung der Vorschriften über die Minderjährigenadoption	851
2. Sittliche Rechtfertigung	852
3. Voraussetzungen im Falle des § 1772 BGB	858
4. Sonstige Adoptionsvoraussetzungen	858
D. Aufhebung der Adoption	859
I. Minderjährigenadoption	859
1. Aufhebung wegen Verfahrensmängeln (§ 1760 BGB)	859
2. Aufhebung aus wichtigem Grund (§ 1763 BGB)	859
II. Volljährigenadoption	860
1. Einfache Volljährigenadoption	860
2. Volljährigenadoption mit starken Wirkungen	860
E. Verfahrensfragen	861
I. Überblick	861
II. Zuständigkeiten	861
III. Einzureichende Unterlagen	862

IV. Prüfung durch das Gericht; Entscheidung durch Beschluss	863
1. Amtsverfahren	863
2. Formelle Prüfung	864
3. Materielle Prüfung/Begründetheit des Antrags	864
4. Entscheidung durch Beschluss	866
5. Bekanntgabe der Entscheidung	866
V. Rechtsmittel	867
1. Rechtsmittelausschluss gegen den die Adoption aussprechenden Beschluss	867
2. Befristete Beschwerde	867
§ 15. Unterhaltungspflichten außerhalb der Ehe	
A. Kindesunterhalt	870
I. Allgemeines	870
II. Minderjährigenunterhalt	870
1. Anspruchsgrundlage, Eltern-Kind-Verhältnis	871
2. Bemessung und Umfang des Bedarfs, Mindestunterhalt, Kindergeld ...	872
3. Bedürftigkeit des Berechtigten	882
4. Leistungsfähigkeit des Verpflichteten	883
5. Art der Unterhaltsgewährung	893
6. Haftungsverteilung zwischen den Eltern	894
7. Rangverhältnisse und Mangelfälle	896
8. Leistungszeit, Unterhaltsdauer, Unterhalt für die Vergangenheit	899
9. Verwirkung, Verjährung, Verzicht, Vorleistung	900
10. Ausfall- und Ersatzhaftung, Familienrechtlicher Ausgleichsanspruch ...	902
11. Verhältnis des Minderjährigen- zum Volljährigenunterhalt	904
III. Volljährigenunterhalt	905
1. Bemessung und Umfang des Bedarfs	905
2. Bedürftigkeit	907
3. Leistungsfähigkeit	909
4. Privilegierung volljähriger Kinder	910
5. Art der Unterhaltsgewährung	911
6. Anteilige Haftung der Eltern	912
7. Verwirkung	914
8. Ausbildungsunterhalt	914
IV. Unterhalts- und Freistellungsvereinbarungen	920
1. Zulässigkeit rechtsgeschäftlicher Vereinbarungen	920
2. Form rechtsgeschäftlicher Vereinbarungen	920
3. Beteiligte rechtsgeschäftlicher Vereinbarungen	923
4. Dynamischer Kindesunterhalt	926
5. Statischer Kindesunterhalt	927
6. Wechselmodell	928
7. Freistellungsvereinbarungen	929
8. Selbständiges Unterhaltsversprechen	930
B. Elternunterhalt	930
I. Allgemeines	930
II. Voraussetzungen	932
1. Anspruchsgrundlage: Verwandtschaft	932
2. Bemessung und Umfang des Bedarfs	932
3. Bedürftigkeit des Berechtigten	934
4. Leistungsfähigkeit des Verpflichteten	935
5. Art der Unterhaltsgewährung	939

6. Rangverhältnisse und Haftungsquoten der Geschwister	940
7. Verwirkung und Verzicht	940
III. Sozialhilferegress	941
IV. Freistellungs- und Ausgleichsvereinbarungen	942
C. Unterhalt von nicht miteinander verheirateten Elternteilen	942
I. Allgemeines	942
II. Ansprüche der Mutter	943
1. Allgemeine Anspruchsvoraussetzungen	943
2. Unterhalt und Kosten aus Anlass der Geburt	949
3. Unterhalt wegen Erwerbslosigkeit	950
4. Unterhalt wegen Kindesbetreuung	950
5. Beerdigungskosten bei Tod der Mutter	952
III. Ansprüche des Vaters	952
IV. Tod des Unterhaltspflichtigen	953
1. Bedarf der Kindesmutter	953
2. Fortschreibung des Bedarfs	953
3. Leistungsfähigkeit des Verstorbenen	954
4. Kindesunterhaltsverpflichtungen	954
5. Leistungsfähigkeit der Erben	954
V. Tod der Mutter	954
§ 16. Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung	
A. Einleitung	957
I. Große praktische Bedeutung	957
II. Wenige Textmuster und dennoch individuelle Gestaltung	957
III. Verständlichkeit und Sprache; praktische Verwendbarkeit	958
IV. Subsidiarität der Betreuung	958
V. Geschäftsgrundlage: Vertrauensverhältnis	959
VI. Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts	959
B. Form- und Wirksamkeitsfragen	959
I. Formfreiheit und Ausnahmen	959
1. Grundsatz: Freiheit der Form	959
2. Ausnahme: Formvorschriften	960
II. Erfordernis der Geschäftsfähigkeit	960
III. Vorteile der Beurkundung	961
1. Willensermittlung und zweifelsfreie Wiedergabe im Text	961
2. Höherer Beweis- und Aussagewert der Beurkundung	961
3. Höhere „Flexibilität“ der Beurkundung	961
4. Prüfung der Geschäftsfähigkeit	962
5. Beurkundungszwang	964
IV. Beglaubigung durch die Betreuungsbehörde	964
V. Getrennte Beurkundung oder „Paketlösung“	965
VI. Berücksichtigung des Geldwäschegesetzes in der Urkunde	966
VII. Verstoß gegen das Rechtsdienstleistungsgesetz und andere Gesetze	966
1. Vollmachten durch Heimbewohner	966
2. Verstoß gegen das Rechtsdienstleistungsgesetz	967
VIII. Fälle mit Auslandsberührung	967
C. Vorsorgevollmacht: Missbrauchsgefahren und -kontrolle	968
I. Die „bedingte“ Vollmacht ist tot	968
II. Vollmachten mit „Ausfertigungssperre“	969
III. Die im Außenverhältnis unbedingte Vollmacht	969

IV. Wirksamwerden der Vollmacht und „Besitz“ des Vollmachtstextes	970
V. Wem muss die Ausfertigung erteilt sein?	971
VI. Das Erteilen weiterer Ausfertigungen	971
D. Kontrollbetreuer und Kontrollbevollmächtigter	972
I. Kontrollbetreuer	972
II. Kontrollbevollmächtigter	973
E. Vorsorgevollmacht: Ausgestaltung des Handlungsumfangs und der Handlungsbereiche	973
I. Recht zur Erteilung von Untervollmachten	973
1. Grundsätzliches	973
2. Gestaltungsfragen im Zusammenhang mit Untervollmachten	974
3. Besonderheiten für nichtvermögensrechtliche Angelegenheiten	975
II. Vermögensrechtliche Angelegenheiten	975
1. Befreiung von § 181 BGB	975
2. Vollmachten „über den Tod hinaus“ (transmortale Vollmachten)	976
3. Aufzählung der Handlungsbereiche	978
4. Sonderproblem: Banken	979
5. Sonderproblem: Schenkungen	981
6. Sonderproblem: Unternehmensbezogene Vollmachten	981
7. „Grenzen“ von Vollmachten	984
III. Nichtvermögensrechtliche Angelegenheiten, insbesondere Personensorge	985
1. Zulässigkeit der Vollmachtserteilung	985
2. Gesundheit, Aufenthalt und ärztlicher Zwang	986
3. Post- und Telekommunikationsangelegenheiten	987
4. Digitale Angelegenheiten	987
5. Bestattungsangelegenheiten	988
6. Personalausweis- und Passangelegenheiten	988
7. Bereiche, in denen keine Vollmachtserteilung möglich ist	989
8. Betreuungsgerichtliche Genehmigung trotz erteilter Vorsorgevollmacht	990
F. Vorsorgevollmacht: Mehrheit von Bevollmächtigten und Widerruf	990
I. Gestaltungsmöglichkeiten bei mehreren Bevollmächtigten	990
II. Widerruf der Vollmacht durch den Vollmachtgeber	991
III. Widerruf der Vollmacht durch einen von mehreren Bevollmächtigten	992
IV. Widerruf der Vollmacht durch einen Betreuer bzw. Kontrollbetreuer oder die Erben	993
G. Vorsorgevollmacht: Grundverhältnis	994
I. Rechtsnatur und Ausgestaltungsmöglichkeiten	994
II. Regelfall: Die Vollmacht im engsten Familien- und Freundeskreis	995
III. Sonderfälle, insbesondere der „berufsmäßige“ Vorsorgebevollmächtigte	997
H. Betreuungsverfügung	997
I. Grundlagen	997
II. Die Fallsituationen	998
1. Die „subsidiäre“ Betreuungsverfügung	998
2. Die Betreuungsverfügung als Alternative zur Vorsorgevollmacht	998
3. Vormundbenennung bei Geschäftsunfähigkeit des Sorgerechtsinhabers	999

I. Patientenverfügung	999
I. Die gesetzliche Regelung	999
1. Vorgeschichte und Verabschiedung	999
2. Konzeption der geltenden gesetzlichen Bestimmungen	1000
II. Inhalts- und Gestaltungsfragen	1005
1. Problem der ärztlichen Aufklärung	1005
2. Problem der Aktualisierung	1006
3. Problem der sog. „Reichweitenbeschränkung“	1007
4. Problem möglichst genauer und gegenständlicher Formulierungen	1008
5. Verbindung mit einer Bevollmächtigung	1009
6. Voraussetzungen eines wirksamen Widerrufs	1009
7. Weitere Fragen der inhaltlichen Gestaltung	1010
III. Sonderproblem: Organspende	1011
J. Registrierung: Das Vorsorgeregister der BNotK	1013
I. Entstehungsgeschichte	1013
II. Registrierungsmöglichkeiten und -umfang	1013
III. Pflichten des Notars	1014
IV. Gesetzliche Ablieferungs- und Informationspflichten	1014

§ 17. Vormundschaft, Pflegschaft, Betreuung

A. Einleitung	1019
B. Vormundschaft, Pflegschaft und Betreuung gemeinsam betreffende Fragen	1020
I. Amtsstellung	1020
II. Gemeinsamkeiten und Unterschiede	1020
III. Anordnung, Auswahl, Benennungsrechte, Bestellung, Übernahme und Verpflichtung, verfahrensrechtliche Fragen	1021
1. Vormundschaft	1021
2. Pflegschaft	1025
3. Betreuung	1027
IV. Gemeinsame Fragen der Vertretungsmacht von Vormund, Pfleger und Betreuer	1029
1. Problem des Aufgabenkreises	1029
2. Schenkungsverbot (nur noch für Vormund und Pfleger für Minderjährige)	1034
3. Ausschluss von der Vertretungsmacht nach § 1824 BGB	1035
4. Interessenkollision und Entziehung der Vertretungsmacht	1036
5. Anordnungen von Schenkern und Erblassern betreffend die Vermögenssorge von unentgeltlich zugewendetem bzw. ererbtem Vermögen	1036
6. Familien- und betreuungsgerichtliche Genehmigungserfordernisse	1044
C. Die Vormundschaft	1048
I. Gründe für die Bestellung eines Vormunds	1048
II. Arten der Vormundschaft	1048
III. Das Handeln des Vormunds im Rechtsverkehr	1049
IV. Beendigung des Amtes des Vormunds und der Vormundschaft	1050
D. Die Pflegschaften	1051
I. Gründe für die Bestellung eines Pflegers und Bedeutung der Pflegschaft, insbesondere der Ergänzungspflegschaft in der Vertragspraxis	1051
II. Ergänzungspflegschaft	1052
III. Pflegschaften nach §§ 1630 Abs. 3, 1777 BGB	1053

IV. Abwesenheitspflegschaft	1054
V. Pflegschaft für unbekannt Beteiligte (insbes. Nacherbenpfleger)	1055
VI. Exkurs: Nachlasspflegschaft und Nachlassverwaltung	1057
VII. Der zusätzliche Pfleger nach § 1776 BGB	1058
VIII. Das Handeln des Pflegers im Rechtsverkehr	1059
IX. Beendigung des Amtes des Pflegers und der Pflegschaft	1060
E. Die Betreuung	1061
I. Gründe für die Bestellung eines Betreuers, materielle Voraussetzungen und Erforderlichkeitsgrundsatz	1061
II. Arten von Betreuern, gesetzliches Vertretungsrecht des Ehegatten	1063
1. Grundsätzliches	1063
2. Kontrollbetreuer, einstweilige Anordnungen gegenüber dem Bevollmächtigten	1064
3. Gegenbetreuer	1066
4. Vorläufiger Betreuer	1066
5. Exkurs: Ehegattenvertretungsrecht nach § 1358 BGB	1066
III. Das Handeln des Betreuers im Rechtsverkehr	1067
IV. Beendigung des Amtes des Betreuers und der Betreuung	1068
F. Vormund, Pfleger und Betreuer in der Vertrags- und notariellen Praxis	1069
I. Nachweis der Amtsstellung	1069
II. Prüfung ausreichender Vertretungsmacht	1071
III. Haftungsrisiken für den Vertreter und Belehrungspflichten des Notars	1073
IV. Abwicklung genehmigungspflichtiger Rechtsgeschäfte	1074
1. Grundsätzliches	1074
2. Vorabgenehmigung	1075
3. Nachträgliche Genehmigung	1075
4. Überholende Ereignisse während des Genehmigungsverfahrens/der Vertragsabwicklung	1079
5. Sonderfall vorläufiger Betreuer	1081
V. Ausgewählte Rechtsgeschäfte bei Beteiligung von Vormund/Pfleger/Betreuer als gesetzliche Vertreter	1082
1. Schenkung/unentgeltliche Zuwendungen durch Betreuer/Pfleger für Volljährige	1082
2. Schenkungen/erbrechtliche Zuwendungen an Betreuer (§ 30 BtOG), Annahmeverbot	1083
3. Verfügung über Grundstücke oder Rechte an Grundstücken betreffend eigengenutzten Wohnraum durch Betreuer	1084
4. Unentgeltlicher Erwerb von Wohnungs- und Teileigentum	1086
5. Ausschlagung	1086
6. Erbauseinandersetzung/Abschichtung	1088
7. Erbvertrag, Ehevertrag	1089
8. Erbverzicht, Pflichtteilsverzicht und Zuwendungsverzicht	1091
9. Entgegennahme von Schenkungen unter Pflichtteilsanrechnungsanordnung	1092
10. Rücknahme eines Erbvertrags aus der amtlichen oder notariellen Verwahrung	1093
11. Einzelne gesellschaftsrechtliche Rechtsgeschäfte	1093
12. Grundschuld und Sicherungsvertrag	1096
13. Unterhaltsvereinbarungen	1097
14. Vollmachten, Widerruf von Vollmachten	1098
15. Besondere familienrechtliche Rechtsgeschäfte (Adoption, Sorgeerklärung, Anerkennung der Vaterschaft)	1099

§ 18. Steuerrecht

A. Steuerliche Auswirkungen der Güterstände	1104
I. Allgemeines	1104
II. Gesetzlicher Güterstand der Zugewinnngemeinschaft	1106
1. Steuerfreiheit nach § 5 Abs. 1 ErbStG	1106
2. Vertragliche Regelungen nach § 5 Abs. 1 S. 2 ErbStG	1109
3. Die Vermutung des § 1377 Abs. 3 BGB (§ 5 Abs. 1 S. 3 ErbStG)	1109
4. Die „rückwirkende Vereinbarung“ des Zugewinnausgleichs	1109
5. Begrenzung auf den Steuerwert nach § 5 Abs. 1 S. 5 ErbStG	1110
6. Güterrechtlicher Zugewinnausgleich nach § 5 Abs. 2 ErbStG	1111
7. Verzicht auf die Ausgleichsforderung	1113
8. Der sog. „fliegende Zugewinnausgleich“	1114
9. Die sog. Güterstandsschaukel	1116
III. Gütertrennung	1122
IV. Gütergemeinschaft	1122
V. Einige einkommensteuerliche Aspekte	1123
VI. Grunderwerbsteuerliche Aspekte	1126
B. Unterhalt und Steuerrecht	1127
I. Allgemeines zur Unterhaltsgewährung	1127
II. Begrenztes Realsplitting nach § 10 EStG	1128
1. Allgemeine Grundsätze	1128
2. Antragsersfordernis	1129
3. Abziehbare Unterhaltsleistungen	1129
4. Persönliche Voraussetzungen bei Geber und Empfänger	1131
5. Zustimmungserfordernis	1132
III. Außergewöhnliche Belastungen nach § 33a Abs. 1 EStG	1136
1. Allgemeine Grundsätze	1136
2. Gesetzliche Unterhaltsberechtigung	1138
3. Abziehbare Aufwendungen	1139
4. Kein eigenes Vermögen	1141
5. Einkünfte und Bezüge des Unterhaltsempfängers	1141
6. Opfergrenze	1142
7. Unterhaltsleistungen ins Ausland	1142
8. Zeitanteilige Aufteilung des Unterhaltshöchstbetrags	1143
IV. Weitere einkommensteuerrechtliche Aspekte der Ehescheidung	1143
1. Ende der Zusammenveranlagung	1143
2. Steuererstattungsansprüche und gemeinsame Steuerschulden	1148
3. Änderung der Lohnsteuerklassen	1151
4. Trennungsbedingte Aufwendungen	1152
5. Erfüllung der Zugewinnausgleichsforderung mit Sachleistungen	1153
C. Steuerliche Auswirkungen des reformierten Versorgungsausgleichs	1156
I. Allgemeines	1156
1. Die Grundstruktur des Versorgungsausgleichs und seiner Besteuerung	1156
2. Das System der nachgelagerten Besteuerung	1159
3. Die BMF-Schreiben zur Besteuerung des Versorgungsausgleichs	1160
II. Besteuerung im Wertausgleich bei Scheidung	1162
1. Besteuerung bei der internen Teilung	1162
2. Besteuerung bei der externen Teilung	1167
III. Ausgleichsansprüche nach der Scheidung gem. §§ 20 ff. VersAusglG	1168

IV. Besteuerung bei Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich nach §§ 6–8 VersAusglG	1169
V. Wiederauffüllungszahlungen	1170
VI. Übergangsrecht	1171
D. Vorsorgende Verzichte mit Gegenleistung	1171
I. Die sog. Bedarfsabfindung	1171
II. Verzicht auf Zugewinnausgleich („Pauschalabfindung“)	1172
III. Verzicht auf Unterhalt nach Scheidung	1174
IV. Ausgleichsleistungen zur Vermeidung eines Versorgungsausgleichs	1176
E. Schenkung- und erbschaftsteuerliche Behandlung von Vermögenstransfers innerhalb der Familie	1178
I. Steuerbarkeit von Zuwendungen unter Ehegatten	1178
1. Allgemeines	1178
2. Praxisrelevante steuerbare Zuwendungen	1179
3. Gestaltungsmöglichkeiten	1184
II. Übertragung des Familienheims	1187
1. Die Neuregelung nach dem Erbschaftsteuerreformgesetz vom 24.12.2008	1187
2. Das Familienheim	1188
3. Lebzeitige Zuwendung eines Familienheims unter Ehegatten nach § 13 Abs. 1 Nr. 4a ErbStG	1189
4. Erwerb eines Familienheims von Todes wegen durch Ehegatten nach § 13 Abs. 1 Nr. 4b ErbStG	1191
5. Erwerb des Familienheims durch Kinder von Todes wegen nach § 13 Abs. 1 Nr. 4c ErbStG	1194
III. Weitere sachliche Steuerbefreiungen im familiären Bereich	1197
1. Steuerbefreiung für Hausrat und andere bewegliche körperliche Gegenstände (§ 13 Abs. 1 Nr. 1 ErbStG)	1197
2. Steuerbefreiung für Kunst- und Kulturgüter (§ 13 Abs. 1 Nr. 2 ErbStG)	1200
3. Steuerbefreiung für Pflegeleistungen (§ 13 Abs. 1 Nr. 9 ErbStG)	1202
IV. Freibeträge und Berücksichtigung früherer Erwerbe	1203
1. Freibetrag nach § 16 ErbStG	1203
2. Versorgungsfreibetrag nach § 17 ErbStG	1208
3. Berücksichtigung früherer Erwerbe nach § 14 ErbStG	1209
F. Steuerfragen der eingetragenen Lebenspartnerschaft und der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	1211
I. Eingetragene Lebenspartnerschaft	1211
1. Erbschaft- und Schenkungsteuer, Grunderwerbsteuer	1211
2. Einkommensteuer	1211
3. Abgabenordnung	1212
II. Nichteheleiche Lebensgemeinschaft	1212
1. Erbschaft- und Schenkungsteuer	1212
2. Grunderwerbsteuer	1216
3. Einkommensteuer	1216
§ 19. Insolvenzrecht	
A. Überblick über das Insolvenzverfahren	1218
I. Allgemeines	1218
II. Antragstellung	1218
III. Restschuldbefreiung	1220

IV. Wirkungen der Eröffnung des Insolvenzverfahrens	1220
1. Verfügungsrecht	1220
2. Insolvenzbeschlagn	1221
V. Aussonderung und Absonderung	1221
1. Aussonderung nach §§ 47, 48 InsO	1221
2. Absonderung (§§ 49–51 InsO)	1222
B. Haushaltsgegenstände	1222
C. Schenkungen an nahe Angehörige	1225
D. Unterhaltsansprüche	1226
I. Insolvenz des Unterhaltsgläubigers	1226
II. Insolvenz des Unterhaltsschuldners	1227
1. Unterhaltsansprüche vor Insolvenzeröffnung	1227
2. Unterhaltsansprüche nach Insolvenzeröffnung	1228
III. Obliegenheit zur Einleitung eines Insolvenzverfahrens	1229
IV. Notarielle Unterhaltsvereinbarungen bei Insolvenz	1231
1. Vorsorgender Ehevertrag	1232
2. Trennungs- und Scheidungsfolgenvereinbarung	1233
E. Versorgungsausgleich	1233
I. Kontrolle notarieller Vereinbarungen	1233
II. Insolvenz eines Ehegatten	1236
1. Anspruch auf laufende Versorgung	1236
2. Anspruch auf Teilung der Stammrechte	1237
3. Schuldrechtliche Ausgleichsansprüche	1239
4. Gerichtliche Entscheidungen	1240
III. Notarielle Vereinbarungen zum Versorgungsausgleich bei Insolvenz	1240
F. Güterrecht	1241
I. Güterstände	1241
1. Zugewinnngemeinschaft	1241
2. Gütertrennung	1243
3. Gütergemeinschaft	1243
II. (Notarielle) Güterrechtsvereinbarungen	1245
1. Vorsorgender Ehevertrag	1245
2. Vereinbarungen bei Insolvenz eines beteiligten Ehegatten	1246

§ 20. Auslandsberührung

A. Eheschließung und Verlöbniß	1252
I. Rechtliche Grundlagen	1252
II. Materielle Voraussetzungen der Eheschließung	1253
III. Formelle Voraussetzungen der Eheschließung	1255
IV. Verlöbniß	1256
B. Allgemeine Ehwirkungen	1257
I. Rechtliche Grundlagen	1257
II. Anwendungsbereich des allgemeinen Ehwirkungsstatuts	1257
III. Objektive Bestimmung des allgemeinen Ehwirkungsstatuts	1258
1. Anknüpfungsleiter für das Ehwirkungsstatut	1258
2. Beachtlichkeit von Rück- und Weiterverweisungen	1259
IV. Rechtswahlmöglichkeiten	1259

C. Unterhalt	1260
I. Rechtliche Grundlagen	1260
1. Für die Bundesrepublik Deutschland geltende internationale Abkommen	1260
2. Europäische Rechtsgrundlagen	1261
II. „Objektive“ Bestimmung des Unterhaltsstatus	1263
1. Verweisung auf das Aufenthaltsrecht	1263
2. Besonderheiten beim Trennungs- und Scheidungsunterhalt	1263
3. Begünstigung von Minderjährigen und Eltern	1265
4. Begrenzung des Unterhaltsanspruchs der Eltern und sonstiger Verwandter	1266
5. Gleichgeschlechtliche Ehen und eingetragene Lebenspartner	1266
6. Ordre public	1267
III. Vertragliche Vereinbarung des Unterhaltsstatus	1267
1. Allgemeine Rechtswahl	1267
2. Auf ein bestimmtes Unterhaltsverfahren bezogene Rechtswahl	1269
IV. Regelungsbereich des Unterhaltsstatus	1270
V. Berechnung des Auslandsunterhalts nach deutschem Unterhaltsrecht	1271
VI. Internationale gerichtliche Zuständigkeit in Unterhaltssachen	1272
1. Rechtliche Grundlagen	1272
2. Zuständigkeit nach der Unterhaltsverordnung	1272
3. Internationale Zuständigkeit nach dem Luganer Abkommen	1274
VII. Anerkennung und Vollstreckung deutscher Titel im Ausland bzw. ausländischer Titel in Deutschland	1275
D. Güterrechtliche Folgen der Ehe	1276
I. Überblick über die rechtlichen Grundlagen	1276
1. Die Europäische Güterrechtsverordnung	1276
2. Internationale Abkommen	1277
3. Autonomes Recht	1278
II. Bestimmung des Güterstatuts nach der EuGüVO	1278
1. Objektive Anknüpfung	1278
2. Ausweichklausel	1281
3. Güterrechtliche Rechtswahl	1281
4. Unbeachtlichkeit der Rückverweisung	1284
5. Unteranknüpfung bei interlokaler Rechtsspaltung	1284
6. Formerfordernisse für den Abschluss eines Ehevertrages	1285
III. Anknüpfung des Güterstatuts für vor dem 29.1.2019 geschlossene Ehen	1286
1. Verweisung durch das deutsche Recht	1286
2. Beachtlichkeit von Rück- und Weiterverweisungen	1287
3. Vorrangiges Einzelstatut für im Ausland belegenes Vermögen	1289
4. Sonderregelung für deutschstämmige Vertriebene	1289
IV. Wirksamkeit einer vor dem 29.1.2019 getroffenen Rechtswahl	1290
1. Wählbare Rechtsordnungen	1290
2. Form der Rechtswahl	1291
3. Zeitpunkt der Rechtswahl	1291
V. Übergangsregeln für vor dem 1.9.1986 geschlossene Ehen	1292
1. Vor dem 1.4.1953 geschlossene Ehen (Uralt-Ehen)	1292
2. Nach dem 31.3.1953 und vor dem 9.4.1983 geschlossene Ehen	1292
3. Nach dem 9.4.1983 und vor dem 1.9.1986 geschlossene Ehen	1294
VI. Besonderheiten bei der Anwendung ausländischen Güterrechts	1294
1. Umfang des Güterstatuts	1294

2. Besonderheiten bei gespaltenem Güterstatut	1295
3. Auswirkungen eines Statutenwechsels	1296
VII. Der Deutsch-Französische Wahlgüterstand	1297
1. Das Projekt des Wahlgüterstands	1298
2. Internationaler Anwendungsbereich	1298
3. Inhaltliche Besonderheiten	1300
VIII. Internationales Verfahrensrecht	1300
IX. Länderübersicht	1301
1. Belgien	1301
2. Dänemark	1302
3. England	1302
4. Frankreich	1304
5. Italien	1305
6. Niederlande	1306
7. Österreich	1307
8. Polen	1308
9. Schweiz	1309
10. Spanien	1310
11. Tschechische Republik	1311
12. Türkei	1312
13. USA	1313
E. Versorgungsausgleich	1315
I. Überblick	1315
II. Auf den Versorgungsausgleich anwendbares Recht	1316
1. Einschlägige Kollisionsnormen	1316
2. Durchführung des Versorgungsausgleichs von Amts wegen	1316
3. Durchführung des Versorgungsausgleichs auf Antrag eines Ehegatten	1318
4. Rechtswahlmöglichkeiten	1319
III. Berücksichtigung ausländischer Versorgungsansprüche im deutschen Versorgungsausgleich	1319
IV. Internationale Zuständigkeit für die Durchführung des Versorgungsausgleichs	1320
1. Vorrangige internationale Regeln	1320
2. Zuständigkeit nach nationalem Recht	1320
F. Hausratsteilung und Nährungsverbote	1321
I. Vorrangige Abkommen	1321
II. Die Regelung des Art. 17a EGBGB	1321
G. Scheidung	1322
I. Auf die Scheidung anwendbares Recht	1322
1. Vorrangige internationale Rechtsquellen	1322
2. Die Rom III-Verordnung	1322
II. Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte für die Scheidung	1325
III. Anerkennung einer im Ausland ausgesprochenen Scheidung im Inland	1326
1. Gerichtliche Scheidung in einem anderen EU-Mitgliedstaat	1326
2. Privatscheidung in einem anderen EU-Mitgliedstaat	1326
3. Gerichtliche Scheidungen in einem Nicht-EU-Mitgliedstaat oder in Dänemark	1326
H. Name	1327
I. Ehefrau	1328
1. Objektive Anknüpfung des Namensstatuts	1328

2. Bestimmung des Namensstatuts durch Rechtswahl	1328
II. Kindesname	1329
1. Objektive Anknüpfung	1329
2. Bestimmung des Namensstatuts durch Rechtswahl	1330
III. Auswirkungen aus einem Wechsel des Namensstatuts	1330
I. Nichteheleliche Lebensgemeinschaften	1330
I. Überblick	1331
II. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft	1331
1. Qualifikation	1331
2. Zustandekommen der Lebensgemeinschaft	1332
3. Güterrechtliche Sonderordnung	1333
4. Unterhalt	1334
5. Schuldrechtliche Ausgleichsansprüche	1336
III. Die registrierte heterosexuelle Lebensgemeinschaft	1336
J. Abstammung	1337
I. Abstammungsstatut	1338
1. Maßgebliche Kollisionsnormen	1338
2. Anknüpfung des Abstammungsstatuts	1338
3. Zustimmungen zur Vaterschaftsanerkennung	1340
4. Anfechtung der Abstammung	1340
II. Künstliche Insemination im Ausland	1340
III. Leihmutterchaft im Ausland	1340
IV. Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte und Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Abstammungssachen	1342
K. Grenzüberschreitende Adoption	1342
I. Rechtsquellen	1343
II. Auf die Adoption anwendbares Recht	1343
1. Adoption im Inland	1343
2. Adoption im Ausland	1344
III. Internationale Zuständigkeit zum Ausspruch der Adoption	1344
IV. Wirksamkeit im Ausland erfolgter Adoptionen	1345
1. Wirksamkeit einer im Ausland vorgenommenen Adoption	1345
2. Obligatorische Anerkennungsfeststellung	1345
3. Wirkungsfeststellung	1347
4. Umwandlungsausspruch	1347
5. Muster	1348
6. Nachadoption	1349
L. Elterliche Sorge	1349
I. Internationale Zuständigkeit für Schutzmaßnahmen	1349
1. Rechtsquellen	1349
2. Zuständigkeit nach der Brüssel IIb-VO	1350
3. Zuständigkeit nach dem KSÜ	1350
4. Zuständigkeit nach dem autonomen deutschen Recht	1350
II. Anwendbares Recht	1351
1. Rechtsquellen	1351
2. Rechtsanwendung nach dem KSÜ	1352
3. Rechtsanwendung nach Art. 21 EGBGB	1354
III. Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Sorgerechtssachen	1354

Inhaltsverzeichnis

M. Eingetragene Lebenspartnerschaft und gleichgeschlechtliche Ehe	1355
I. Begründung und Auflösung eingetragener gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften	1355
II. Wirkungen der eingetragenen Lebenspartnerschaft	1356
1. Allgemeine Wirkungen der Partnerschaft	1356
2. Partnerschaftsname	1356
3. Güterrechtliche Wirkungen	1356
4. Unterhalt	1357
5. Versorgungsausgleich	1357
6. Adoption	1357
III. Die gleichgeschlechtliche Ehe	1357
IV. Die gleichgeschlechtliche faktische Lebensgemeinschaft	1358
N. Betreuung und Vorsorgevollmacht	1358
I. Rechtliche Grundlagen	1358
II. Internationale Zuständigkeit für Betreuungsmaßnahmen	1359
1. Zuständigkeit nach dem ESÜ	1359
2. Zuständigkeit nach dem autonomen Recht	1359
III. Anerkennung ausländischer Maßnahmen in Betreuungssachen	1359
IV. Auf die Betreuung anwendbares Recht	1360
1. Rechtsanwendung bei Zuständigkeit nach dem ESÜ	1360
2. Rechtsanwendung, wenn die Zuständigkeit nicht auf dem ESÜ beruht	1360
V. Die Vorsorgevollmacht im Internationalen Privatrecht	1361
1. Errichtungsstatut	1361
2. Rechtswahl	1361
3. Formwirksamkeit der Vorsorgevollmacht	1362
4. Ausübung einer Vorsorgevollmacht	1362
VI. Die Betreuungsverfügung	1363
VII. Die Patientenverfügung	1363
§ 21. Notarkosten im Familienrecht	
A. Einführung	1366
I. Allgemeine Grundsätze	1366
1. Rechtsquelle	1366
2. Zwingendes Recht	1366
3. Kostenhaftung	1366
4. Einforderung der Kosten	1367
5. Beurkundung eines Anwalts-Entwurfs	1367
6. Kostenbelehrung	1368
II. Hinweise zu den Bewertungsbeispielen	1368
B. Eheverträge im engeren Sinn (güterrechtliche Vereinbarungen nach den §§ 1408 ff. BGB)	1368
I. Begriff	1368
II. Vereinbarung der Gütertrennung	1369
III. Güterstandsschaukel	1370
IV. Modifikationen des gesetzlichen Güterstands	1370
1. Ausschluss des Zugewinnausgleichs im Scheidungsfall	1370
2. Herausnahme von Unternehmensbeteiligungen aus dem Zugewinnausgleich	1371
V. Nachträgliche Vereinbarung von Vorbehaltsgut bei Gütergemeinschaft	1372
VI. Ehevertrag (Gütergemeinschaft) mit Erbvertrag	1373

C. Eheverträge im weiteren Sinn (vorsorgende Eheverträge)	1374
I. Begriff	1374
II. Ehevertragstypen	1374
III. Bewertungsregeln	1375
1. Vorsorgender Ehevertrag bei Zweitehe – Gütertrennung, Rückforderungsverzicht und weitere Regelungen	1375
2. Mögliche Komponenten eines vorsorgenden Ehevertrages	1376
D. Trennungs- und Scheidungsvereinbarungen	1382
I. Abgrenzung	1382
II. Begriff	1383
III. Bewertungsregeln	1383
1. Scheidungsvereinbarung – Gütertrennung mit Zugewinnausgleich durch Übertragung Hausgrundstück und weitere Regelungen	1383
2. Mögliche Komponenten einer Trennungs- bzw. Scheidungsvereinbarung	1386
E. Eingetragene Lebenspartnerschaft	1393
F. Nichteheleiche Lebensgemeinschaft	1393
I. Allgemeines	1393
II. Vermögensauseinandersetzung, insbesondere der gemeinsamen Immobilie	1394
G. Adoption	1396
I. Stiefkindadoption eines Minderjährigen	1396
II. Adoption eines Volljährigen durch eine alleinstehende Person	1397
H. Kindschaftsrecht	1397
I. Vaterschaftsanerkennung	1397
II. Heterologe Insemination	1397
III. Sorgeerklärung nicht miteinander verheirateter Eltern	1398
IV. Sorgerechtsvollmacht (Patchworkfamilie)	1398
I. Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung, Patientenverfügung	1399
I. Bewertungsbeispiel	1399
II. Erläuterungen	1400
1. Mehrere Erklärungen in einer Urkunde	1400
2. Gebühr	1400
3. Geschäftswert	1400
4. Wechselseitige Vorsorgevollmachten, mehrere Bevollmächtigte	1402
5. Innenverhältnis	1403
6. Rechtswahl	1403
7. Übermittlung des Registrierungsantrags an das Zentrale Vorsorgeregister	1403
8. Keine Pflicht zur Belehrung über eine nicht erforderliche Beurkundung	1404
J. Familiengesellschaften	1404
§ 22. Gesamtmuster	
A. Güterrecht (Erläuterungen → § 2)	1408
I. Ausschluss des Zugewinnausgleichs im Scheidungsfall	1408
II. Einseitige Pauschalierung des Zugewinnausgleichs ohne Berücksichtigung von Erwerbseinkünften	1410

III. Einseitige Pauschalierung des Zugewinnausgleichs mit Berücksichtigung von Erwerbseinkünften	1411
IV. Herausnahme bestimmter Immobilien aus dem Zugewinnausgleich	1412
V. Herausnahme von Unternehmensbeteiligungen aus dem Zugewinnausgleich	1414
VI. Ausgleich für den wechselseitigen Verzicht auf Zugewinnausgleich durch Lebens-/Rentenversicherung	1416
VII. Zugewinnausgleich durch Übertragung von Grundbesitz	1417
VIII. Stundung des Zugewinnausgleichsanspruchs mit dem Ziel des Erhalts von Grundbesitz für die gemeinsamen Kinder	1419
IX. Vereinbarung der Gütertrennung bei Verlobten	1421
X. Auseinandersetzung einer Gütergemeinschaft	1422
XI. Vereinbarung der Gütergemeinschaft (mit Erbvertrag), insbes. zur Senkung der Pflichtteile einseitiger Kinder	1424
XII. Ausführliche reparierende Vereinbarung von Vorbehaltsgut bei „vergessenem“ Güterstand	1426
B. Unterhaltsrecht (Erläuterungen → § 3)	1429
I. Modifiziertes Altersphasenmodell	1429
II. Totalverzicht bei kinderlosem Ehepaar im fortgeschrittenen Alter	1430
C. Versorgungsausgleich (Erläuterungen → § 4)	1431
I. Totalverzicht auf Versorgungsausgleich	1431
II. Verzicht auf Versorgungsausgleich gegen Zahlung laufender Beiträge für eine Lebensversicherung	1432
III. Verzicht auf Versorgungsausgleich gegen Abschluss einer Lebensversicherung mit sofortiger Anlage eines Beitragsdepots	1434
D. Nebengüterrechtliche Forderungen (Erläuterungen → § 6)	1436
I. Antrag auf Verpflichtung zu einer finanziellen Ausgleichszahlung nach Beendigung einer konkludenten Ehegattennengesellschaft (Leistungsantrag)	1436
II. Antrag auf Verpflichtung zu einer finanziellen Ausgleichszahlung nach Beendigung einer konkludenten Ehegattennengesellschaft (Stufenantrag)	1438
III. Antrag auf Ausgleich einer ehebezogenen Zuwendung	1440
IV. Antrag auf Ausgleich ehelicher Mitarbeit (familienrechtlicher Kooperationsvertrag)	1443
V. Antrag auf Befreiung von einer im Interesse des anderen Ehegatten eingegangenen Verbindlichkeit	1445
E. Eheverträge (Erläuterungen → § 7)	1448
I. Doppelverdiener Ehe	1448
II. Unternehmerehe	1450
III. Freiberuflerehe	1452
IV. Deutsch-französischer Wahlgüterstand	1454
V. Zu erwartende Erbschaft	1455
VI. Zweitehe	1457
VII. Diskrepanz Ehe	1458
VIII. Ausländerehe	1460

F. Trennungs- und Scheidungsvereinbarungen (Erläuterungen → § 8)	1462
I. Trennungsvereinbarung mit Herausnahme der Trennungszeit aus dem Zugewinnausgleich, Durchführung des Versorgungsausgleichs, Vereinbarung zur Zahlung von Trennungsunterhalt sowie zur elterlichen Sorge und zum Umgang hinsichtlich der gemeinsamen Kinder und mit sonstigen Folgevereinbarungen	1462
II. Umfassende Scheidungsfolgenvereinbarung mit Übertragung von Grundbesitz, umfassender Abgeltung güter- und vermögensrechtlicher Ansprüche, Versorgungsausgleichsverzicht, Verzicht auf nahehelichen Unterhalt, Erb- und Pflichtteilsverzicht und sonstigen Folgevereinbarungen	1468
III. Beurkundete Vollmachtserteilung durch den Vater an die Mutter des Kindes zur Ausübung der elterlichen Sorge (in Ausgestaltung der gesetzlichen Befugnisse der Elternteile)	1477
G. Eingetragene Lebenspartnerschaft (Altlebenspartnerschaft; Erläuterungen → § 9)	1480
H. Nichteheliche Lebensgemeinschaft (Erläuterungen → § 10)	1484
I. Absicherung des Partners unter Inkaufnahme der Erbschaftsteuer	1484
II. Auseinandersetzung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	1486
1. Auseinandersetzung der Haushaltsgegenstände	1486
2. Auseinandersetzung hinsichtlich einer Immobilie	1487
I. Familiengesellschaften (Erläuterungen → § 12)	1493
I. Eigenheim-GbR (Außengesellschaft)	1493
II. Familienpool-GbR	1494
III. Familienpool-KG	1497
IV. GbR-Gründung mit Grundstückseinbringung	1500
V. GbR-Anteilsschenkung	1502
J. Kindschaftsrecht (Erläuterungen → § 13)	1506
I. Vaterschaftsanerkennung im Scheidungsfall	1506
II. Einwilligung von Ehegatten in die heterologe Insemination	1507
III. Sorgeerklärung nicht miteinander verheirateter Eltern	1508
IV. Sorgerechtsvollmacht für Dritte	1509
K. Adoptionsrecht (Erläuterungen → § 14)	1511
I. Stiefkindadoption eines Minderjährigen	1511
II. Adoption eines Volljährigen durch eine alleinstehende Person	1512
L. Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung (Erläuterungen → § 16)	1514
Sachverzeichnis	1521

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG